

MONATLICHES  
A U F R U F Z U R  
INTERNATIONALEN VIETNAMKONFERENZ  
=====

Westberlin, 17./18. Februar 1968

Vietnam ist das Spanien unserer Generation. Wir dürfen nicht durch Schweigen oder Neutralität gegenüber dem revolutionären Kampf des vietnamesischen Volkes Schuld auf uns laden. Daher begrüßen wir die Initiative der jungen Generation, die dazu beiträgt, die Weltmeinung gegen die US-amerikanische Intervention in Vietnam und die dadurch verursachte Vernichtung des vietnamesischen Volkes zu mobilisieren. Wir solidarisieren uns mit den Streiks, die ein Ende dieser Intervention fördern und mit all denen, die amerikanische Bürger, welche ihren Militärdienst verweigern oder aus ihm desertieren, unterstützen.

Wir begrüßen deshalb auch diese vom SDS einberufene Konferenz junger sozialistischer Gruppen aus den verschiedenen Ländern Europas zur Unterstützung des Kampfes gegen die amerikanische Intervention in Vietnam und die Quisling-Regierung in Saigon und setzen uns für das Recht des vietnamesischen Volkes ein, seine Zukunft selbst zu bestimmen.

Dr. Johannes Agnoli, Ilse Aichinger, Ingeborg Bachmann, Reinhard Baumgart, Prof. Ernst Bloch, Nicolas Born, Dr. Margherita von Brentano, Hans Christoph Buch, Prof. N. an Chomsky, Franz Josef Legenhardt, F. C. Delius, Dr. Ingeborg Drewitz, Günter Eich, Hans Magnus Enzensberger, Ute Erb, Giacomo Feltrinelli, Hubert Fichte, Prof. Ossip K. Flechtheim, Prof. Helmut Gollwitzer, Prof. Wilfried Gottschalck, Heinrich Hannover, Prof. Eduard Hapke, Dr. Walter Hasenclever, Rolf Haufs, Hans Werner Henze, Günter Herburger, Wolfgang Hildesheimer, Dr. Peter Hübner, Dr. Reinhard Lettau, Horst Mahler, Prof. Herbert Marcuse, Francois Maspero, Ulrike Marie Meinhof, Dr. Klaus Meschkat, Prof. Klaus Mollenhauer, Prof. Wolfgang Müller, Maurice Nadeau, Nikolaus Neumann, Herrmann Pievitt, Arno Ploog, Dr. F. J. Raddatz, Stefan Reisner, Georges Reymond, Hans Werner Richter, Jean Paul Sartre, Peter Schneider, Laurent Schwarz, Jürgen Seifert, Prof. Jacob Taubes, Mary Tucholsky, Bernard Vesper-Triangel, Dr. Klaus Wagenbach, Martin Walser, Gunilla Weiss, Peter Weiss, Peter Paul Zahl, Gerhard Zwerenz.

bitte wenden

# PROGRAMM

17. Februar 1968

# VIETNAM-KONF.

KONGRESS ZU DEM THEMA:

DER KAMPF DES VIETNAMESESISCHEN VOLKES UND DIE GLOBALSTRATEGIE  
DES IMPERIALISMUS

Präsidium: Günter Amend, Klaus-Meschkat, Gaston Salvatore,  
Christian Semmler, K.-D. Wolff, Reiner Wethekam

Begrüßung: Reiner Wethekam, K.-D. Wolff

Forum I Die vietnamesische Revolution 11.00 - 13.30<sup>h</sup>  
Referate: Kurt Steinhaus  
Walter Rudert  
FNL - Erklärung  
Tariq Ali

Forum II Die vietnamesische Revolution und die Revolution  
in der Dritten Welt 14.30 - 16.30<sup>h</sup>  
Referate: Robin Blackburn (New Left Review)  
Perry Anderson  
Gaston Salvatore  
Vertreter der FUDE (Spanien)  
Vertreter der Lambrakis-Jugend (Griechenland)  
Vertreter der türkischen Sozialistengem.  
Bahman Nirumand (Persien)  
Vertreter des African National Congress (ANC)

OFFENE DISKUSSION

P A U S E

Forum III Der anti-imperialistische und anti-kapitalistische  
Kampf in den kapitalistischen Ländern 18.30 - 21.30<sup>h</sup>  
Referate: Ernst Bloch  
Peter Weiss  
Erich Fried  
Rostango  
Rudi Dutschke  
Ernest Mandel

EINLEITUNG DER OFFENEN DISKUSSION DURCH BEITRÄGE VON:

Vertreter von CLARTE (Schweden)  
A. Krivine JCR  
Jean-Marie Vincent, PSU  
H. J. Krahl, SDS  
Ein Vertreter des SDS Amerika  
Dale A. Smith SNCC (Black Power)  
Günther Amend SDS  
Christian Semmler SDS

OFFENE DISKUSSION 21.30 - 24.00<sup>h</sup>

Veranstaltungsort für alle Foren:

AUDITORIUM MAXIMUM DER TECHNISCHEN UNIVERSITÄT BERLIN

DIE DEMONSTRATION IST GENEHMIGT

Neuer Organisationsplan:

SAMMELN WIE VORGESEHEN: Die Gruppen treffen sich wie geplant und gehen von den geplanten Treffpunkten aus auf dem Kurfürstendamm in Richtung Olivaer Platz. Dort wird um 14 Uhr auf dem Kurfürstendamm zwischen Wieland- und Leibnizstraße auf der Höhe des Olivaer Platzes der Demonstrationzug gebildet.

Route: Kurfürstendamm - Joachim-Friedrich-Straße - Holtzendorffstr. - Friedbergstr - Windscheidstr. - Bismarckstr. - DEUTSCHE OPER.

KUNDGEBUNG VOR DER DEUTSCHEN OPER

PROGRAMM:

Verlesen der Resolution und Abstimmung

Es sprechen:

Vertreter der FNL

Sprecherin der amerikanischen Protestbewegung:

SUSAN EANET

Vertreter der Kirche:

DR. FRIEDRICH WILHELM MARQUART,

ERICH FRIED

Vertreter der IG Metall

RUDI DUTSCHKE

JOHANNES AGNOLI

ERNEST MANDEL

AUFKLÄRUNGSAKTION MIT FLUGBLÄTTERN

Im Anschluß an die Kundgebung werden wir in kleinen Gruppen im amerikanischen Sektor Flugblätter verteilen.

Schwerpunkte: Zehlendorf, Steglitz, Friedenau, Tempelhof, Neukölln, Dahlem, Schöneberg.

Die Flugblätter werden während und nach der Kundgebung ausgegeben.

\*\*\*\*\*

Die auf Neubauers Befehl handelnde Polizei ist nicht das Objekt der Aktion. Daher: Keine Kranzler-Wasserspiele!  
WASSERSPIELE SIND FÜR DEN ANGESCHLAGENEN SENAT DIE LETZTE MÖGLICHKEIT, SICH VOR DEM STURZ ZU RETTEN!

\*\*\*\*\*

LSD HSU SHB ESG GSG SDS Republikanischer Club

18.2.68

verteilt von Turbinen Betrieben  
am 27/2/68

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es wird oft behauptet, Vietnam sei weit weg und man könne gegen diesen Krieg ja doch nichts tun. Nie erfahren wir aber,

- o dass die Bundesrepublik diesen Krieg der Amerikaner mit bisher mehr als 400 Millionen DM mitfinanziert hat;
- o dass sie den durch die Kriegskosten angeschlagenen Dollar durch Waffenkäufe in Höhe von ungefähr 10 Milliarden DM, durch Ankauf von US-Schatzanweisungen (allein 4 Milliarden 67/68) stützt;
- o dass die Bundesregierung für den Vietnam-Krieg bereits 1964 Flammenwerfer lieferte, ebenso 1966 durch die Rheinmetall GmbH in Düsseldorf automatische Waffen und Munition im Werte von 50 Millionen DM, sowie die Firma Kraus u. Steinhausen in Grauenort 5570 Bomben;
- o dass die Bundesregierung eine Pilotenschule für 1000 Anwärter in Saigon baute.

Wir hörten, dass die Bundesregierung 1966 das Ersuchen der USA um direkte militärische Beteiligung in Vietnam abgeschlagen hat; wir erfuhren nicht, dass zur selben Zeit in Bundeswehrkasernen Aufrufe angebracht wurden, die deutsche Piloten für den Einsatz in Vietnam anwerben sollten.

Diese Fakten zeigen, dass die Amerikaner in der Unterdrückung des Befreiungskampfes der Vietnamesen bereits heute auf die massive Unterstützung ihres NATO-Verbündeten, der Bundesrepublik Deutschland, rechnen können. Die Bundesregierung zeigt darin sich sogar eifriger als alle anderen NATO-Mitglieder. Keiner der westeuropäischen Verbündeten der USA unterstützt deren Vietnam-Politik so bedingungslos wie wir. Im Bundestag kam es bisher noch nicht einmal zu einer Vietnam-Debatte. Und nirgendwo sind die Zeitungsberichte von so unglaublicher Einseitigkeit wie bei uns.

Das ist nicht zufällig so. Denn beide Staaten, die Bundesrepublik wie die USA, leben von der gleichen Ausbeutung der unterentwickelt gehaltenen Länder und müssen daher auf die gleiche Weise diejenigen unterdrücken, die um ihre Befreiung von Ausbeutung kämpfen.

Uns Studenten wird vorgeworfen, dass wir unseren Protest gegen den US-Krieg in Vietnam nur als Aufhänger benützten, um in Wirklichkeit gegen das kapitalistische System hier bei uns zu kämpfen. Tatsächlich meinen wir, dass man als Bürger der Bundesrepublik gegen die Vernichtung des vietnamesischen Volkes nur dann wirksam Widerstand leisten kann, wenn man hier gegen die kämpft, die von diesem Krieg profitieren.

DARUM sind wir, zusammen mit etwa 15000 anderen Studenten, Arbeitern, Angestellten, Lehrlingen und Schülern am vorletzten Sonntag in Berlin auf die Strasse gegangen, um unseren Widerstandswillen zu demonstrieren und zu unterstreichen.

Davon fühlten sich die Regierenden so angegriffen, dass der Berliner Senat versuchte, die Demonstration zu verbieten. Erst nachdem das Berliner Verwaltungsgericht das Verbot für rechtswidrig erklärt hatte, und auf den Druck breiter demokratischer Kreise des In- und Auslandes hin - Gewerkschaften, Kirchen u.a. - musste der Senat die Demonstration genehmigen. Was der Regierende Bürgermeister Schütz von Gesetzen hält, zeigt eine Äusserung, zu der er sich hinreissen liess: "Die Richter konnten wohl nicht anders handeln, wir müssen uns aber fragen, ob wir ihnen die richtigen Gesetze in die Hand gegeben haben."

Bei dieser Gelegenheit erwies sich deutlich genug, wer es ist, der in Berlin Terror und Gewalt ausübt: während die Demonstration am Sonntag äusserst diszipliniert verlief und sich die Demonstranten trotz gezielter Provokationen nicht zu Schlägereien hinreissen liessen, wurde bei dem von Senat befohlenen Aufmarsch am Mittwoch vor, während und nach der Kundgebung eine allgemeine Jagd auf Studenten und solche, die man dafür hielt, gemacht. Mindestens 24 wurden zum Teil schwer zusammengeschlagen, 32 weitere mussten sich in Polizeischutz begeben.

Diese Gewalttaten sind das Ergebnis einer bewussten Aufhetzung der Berliner Bevölkerung durch die Regierenden und die mit ihnen verbündete Springer-Presse, die in Berlin 70% der Tageszeitungen herausgibt. Der Senat versucht damit, für seine verfehlte Politik, die Berlin an den Rand des Bankrotts geführt hat, jenen die Schuld zuzuschieben, die gegen diese Politik protestieren.

Dabei sind das längst nicht mehr nur die Studenten, sondern auch politische bewusste Teile der arbeitenden Bevölkerung, die am Sonntag in Berlin ihren Protest zum Ausdruck brachten.

Gerade dies befürchten aber die Regierenden: ein Bündnis zwischen Arbeitern und Studenten.

Deswegen versuchen sie jetzt systematisch, die entpolitisierte Bevölkerung gegen die Studenten aufzuhetzen und so zu verhindern, dass die Widerstandsbewegung der Studentenschaft sich durch dieses Bündnis in eine machtvolle Widerstandsbewegung der arbeitenden Bevölkerung verwandelt.

Aber gerade die hysterische Angst der Regierenden vor 15000 friedliche, aber entschlossenen Demonstranten in Berlin beweist, dass politischer Widerstand heute möglich ist und zu Erfolgen führen kann. Dieser Widerstand kann die Bonner Regierung dazu zwingen, den Krieg der USA gegen das vietnamesische Volk nicht länger zu unterstützen, ebenso wie er eine Verabschiedung der Notstandsgesetze und einen Abbau der sozialen Leistungen verhindern kann.

---

Dies ist das erste Mal, dass wir uns in dieser Form an Sie wenden. Wir wären interessiert daran, mit Ihnen über all dies zu sprechen. In Kürze werden wir einen Vorschlag machen, wann solche Gespräche stattfinden könnten.

- Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS) Tübingen  
Studentische Linke (SL) Tübingen



# Wie wird Berlin regiert

Überall in Westeuropa wird gegen den Krieg der USA in Vietnam demonstriert. Selbst die westeuropäischen Verbündeten der USA beginnen die amerikanische Kriegsführung zu verurteilen. Die Bombardierung der südvietnamesischen Städte und die Drohung des Einsatzes von taktischen Atomwaffen als strategische Antwort der amerikanischen Generale auf die Offensive der Befreiungsfront Südvietnams zeigt klar, daß die USA allein durch die Ausrottung der gesamten Bevölkerung den Krieg gewinnen können. Gegen dieses brutale Massaker und für den Sieg der Volksrevolution wird am Sonntag demonstriert.

Dem Senat aber dient die von der Polizei inszenierten Wasserspiele auf dem Kurfürstendamm als Vorwand zum Verbot dieser Demonstration.

Der Senat hat sich überhaupt auf das Regieren mit Verboten verlegt.

Er verbietet eine Vollversammlung der Kritischen Universität, das Springer-Hearing und die Internationale Vietnam-Konferenz — er konnte keines der Verbote aufrechterhalten.

## Auch die Vietnam-Demonstration am Sonntag kann er nach der Berliner Verfassung nicht verbieten.

Mit seiner Verbotspolitik demonstriert der Senat seinerseits die Funktionslosigkeit Westberlins als Vorposten der „Freien Welt“. Da helfen auch keine prunkvollen Filmfestspiele und keine rauschenden Pressebälle, keine Grüne Woche und auch kein Karajan. Das ganze spektakuläre Theater hat nur den Zweck die Berliner Bevölkerung abzulenken von Preiserhöhungen und Lohnkürzungen, von Mieterhöhungen, Kurzarbeit und Arbeitsplatzverlust.

Die Berliner Politiker gefallen sich in großen Worten und kleinen Taten. Der Berliner Senat ist unfähig die Berliner Wirtschaft von Grund auf zu reformieren — es regiert das Parteibuch, Pöstchen werden verschoben, Schmiergelder verteilt, betrunkene Schwedlers randalieren auf dem Kurfürstendamm.

Schütz und Neubauer erkennen nicht, daß auch Sie ohne klares politisches Konzept so enden wie die Albertz, Duensing und Büsch. Sie haben nur begriffen, daß schon die Kritik weniger an der hilflosen Politik der etablierten Parteien die Planlosigkeit und Korruptheit des Apparates offenbar werden lassen.

Indem sie gemeinsam mit der Springerpresse versuchen, die Arbeiter gegen die Studenten aufzuhetzen, wollen sie diese Kritik zum Schweigen bringen. Indem sie drohen, die studentische Opposition gewaltsam zu unterdrücken, offenbaren sie ihre Politik gegen jede wirksame Opposition.

Das Verbot politischer Veranstaltungen der Studenten, Geheimsitzel in ihren Organisationen und an ihren Arbeitsplätzen, Polizeiaktionen gegen die innerparteiliche Opposition auf dem SPD-Parteitag, der militärische Aufmarsch der Polizei am Sonntag zeigen an, welche Richtung der Senat marschiert: die Opposition wird „abgeräumt“.

Herausgeber: SDS, LV. Berlin

**Genehmigung beantragt für Demonstration vom Ku'Damm nach Dahlem am Sonntag, dem 18., 2., Näheres über Uhrzeit folgt.**

E0702

15.2.

Warum

# WIDERSTAND

DEMONSTRATION ERSETZEN MUSS

Als Vorbereitung für den Vietnam-Kongreß am 17. - 18.2.1968 wird der berühmte Alvarez-Film "HANOI 13. DEZEMBER" gezeigt.

Welche Formen zivilen Ungehorsams z.B. in den USA angewandt werden, wird uns das amerikanische SDS-Mitglied Petty Lee Parmalee berichten.

Anschließend wird diskutiert, welche Formen aktiven Widerstandes wir zu leisten im Stande sind.

## FREITAG, 16.2.68

### 19 UHR

### AUDI-MAX FU

gez. Allgemeiner  
Studentenausschuß  
FU

E0702

VERBOT DER DEMONSTRATION AM 18. FEBRUAR 1968 .

PRESSEERKLÄRUNG DER KAMPAGNE FÜR DEMOKRATIE UND ABRÜSTUNG .....

Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung hat am 8. 2. 1968 den Polizeipräsidenten in Berlin ersucht , eine Demonstration und Kundgebung unter freiem Himmel zum Abschluss des Internationalen Vietnam - Kongresses 1968 in West - Berlin zu genehmigen . In einem späteren Schreiben vom 12. 2. 1968 hat der Bevollmächtigte der Kampagne gegenüber dem Polizeipräsidenten klargestellt , dass dieses Ersuchen rechtlich als Anmeldung der geplanten Demonstration zu betrachten sei .

Der Polizeipräsident in Berlin hat der Kampagne mitgeteilt , dass er die beantragte Genehmigung versage . Zur Begründung führte er aus , dass die bisherigen Erfahrungen bei ähnlichen Demonstrationen mit Rücksicht auf den mutmaßlichen Teilnehmerkreis erhebliche Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung befürchten lassen und daher die Genehmigung nicht erteilt werden könne .

Die Kampagne stellt dazu fest , dass das Berliner Versammlungsgesetz verfassungswidrig ist . Nach Art. 8 des Grundgesetzes und Art. 18 der Berliner Verfassung haben alle Deutschen das Recht , sich friedlich und ohne Waffen unter freiem Himmel zu versammeln , um ihrer politischen Meinung Ausdruck zu geben .

Demgegenüber verbietet das Berliner Versammlungsgesetz grundsätzlich alle öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel. Demonstrationen dürfen danach jeweils nur mit einer besonderen behördlichen Genehmigung stattfinden ,

Dieses generelle Verbot mit Genehmigungsvorbehalt tastet das Grundrecht der Versammlungsfreiheit in seinem Wesensgehalt an und ist daher nach Art. 19 Abs. 2 des Grundgesetzes nichtig .

Der übliche Hinweis der Senatsjuristen auf die alliierten Vorbehaltsrechte geht fehl . Zwar haben die Alliierten der Übernahme des rechtsstaatlichen Versammlungsgesetzes der Bundesrepublik widersprochen , sie haben sich jedoch einer Regelung der Versammlungsfreiheit in Berlin enthalten . Das Veto der Alliierten ermächtigt den West - Berliner Senat nicht , ein offensichtlich verfassungswidriges Gesetz anzuwenden .



Wenn die Alliierten allgemein oder im Einzelfall in das Grundrecht der Versammlungsfreiheit eingreifen wollen , so steht ihnen das kraft Besatzungsgewalt frei . Diese kann aber wirksam nur für alliierte Anordnung , nicht aber für das Abgeordnetenhaus von Berlin oder den Berliner Senat ausgeübt werden . Die deutschen Verfassungsorgane sind in Ermanglung eines verbindlichen Befehls der Alliierten einzig und allein dem Grundgesetz der Berliner Verfassung unterworfen .

Die Versagung der Genehmigung ist mit Rücksicht auf Art. 8 des Grundgesetzes gegenstandslos . Sie bewirkt nicht die Unzulässigkeit der Demonstration .

Somit ist die von der Kampagne für Demokratie und Abrüstung vorbereitete Demonstration am 17. und 18. Februar 1968 rechtlich zulässig . Jeder kann sich daran beteiligen , ohne die Gesetze zu übertreten .

Alle Versuche der West - Berliner Polizei , die Demonstration durch Gewalt zu verhindern oder zu unterbinden (polizeiliche Zwangsmaßnahmen ) , waren rechtswidrig . Den Bürgern , die die Demonstration durchführen wollen , steht im Falle solcher Behinderungen nach Art. 23 der Berliner Verfassung ein Recht auf Widerstand zu . Artikel 23 Abs. 3 der Berliner Verfassung hat folgenden Wortlaut :

" Werden die in der Verfassung festgelegten Grundrechte offensichtlich verletzt , ist jedermann zum Widerstand berechtigt .

---

# VIETNAM 10. INFORMATIONEN

---

Am 1. Februar wurden Steine in die Scheiben von Springerfilialen geworfen. Die berliner Presse, die zu 70% Axel Springer gehört, stellte diese Steinwürfe dar als "faschistischen Terror", als "zweite Reichskristallnacht", als "SA-methoden". Die Herrschenden von damals, die in der Reichskristallnacht einen Vernichtungsschlag gegen eine Minderheit führten, sind auch die Herrschenden von heute. Seit 1933 trägt Axel Springer die Uniform der Nazis. Da er Geld hatte, brauchte er seine Hände nicht blutig zu machen: Er leistete seinen Beitrag zum organisierten Mord an Arbeitern, Juden und Intellektuellen vom Schreibtisch aus.

Heute versuchen er und sein Dutzend alter Nazischreiber den Spieß umzudrehen: Sie heften sich stolz den Judenstern an und nennen die Studenten "Nazis".

Faschisten nennen sie jetzt die, die dagegen protestieren,

- daß Springer wieder vom Schreibtisch aus seinen Beitrag zum organisierten Völkermord leistet,
- daß er offensichtlich Kriegshetze betreibt,
- daß er streikende Arbeiter als "Mob" bezeichnet,
- daß er versucht, der Bevölkerung Berlins weiszumachen, wer gegen den Springer - Konzern protestiert, sei ein Feind der Bevölkerung.

Was sind einige Steine gegen die Macht des millionenschweren Springers?

Was sind die Eier gegen das Amerikahaus im Vergleich zu Eierhandgranaten gegen die vietnamesische Bevölkerung?

Was ist Pudding gegen Humphrey im Vergleich zum amerikanischen Völkermord in Vietnam?

Was ist die "Beleidigung" eines Mörders, der Schah heißt, im Vergleich zum Mord an einem Studenten?

Aus Eiern wurden Handgranaten, aus Puddingbeuteln Bomben und aus "Beleidigungen" Mordanschläge in den Darstellungen der Springerpresse und des Senats.

Der Senat reagiert nicht grundlos so hysterisch:

Er muß sich davor fürchten, daß die Berliner Bevölkerung seine Politik durchschaut. Seit Jahren verschleiert er den wirtschaftlichen Bankrott Berlins, der die notwendige Folge seiner Politik ist.

Er verschweigt,

- daß er unfähig ist, das Ausland und die Bundesrepublik für Investitionen in Berlin zu interessieren,
- daß keine jungen Facharbeiter mehr nach Berlin kommen und viele abwandern, weil der Senat nicht in der Lage ist, die Arbeitsplätze zu garantieren,
- daß deshalb teure Halbfertigprodukte nach Berlin importiert werden müssen.

Springer hilft dem Senat, den wirtschaftlichen Bankrott zu vertuschen. Er muß - genau wie der Senat - fürchten, daß seine Lügen der Öffentlichkeit bekannt werden. Die Befürchtung, daß die Aufdeckung dieser Lügen zu gemeinsamen Aktionen von Arbeitern und Studenten führen könnte, versetzt Springer und Senat in Angst und Schrecken.

Eine Hand wäscht die andere: Springer und Senat haben gemeinsam das Verbot der Vietnam - Demonstration am 18.2. beschlossen.

Wir demonstrieren am 18.2. gegen die Verbrechen der Amerikaner und ihrer deutschen Komplizen in Vietnam. Wir demonstrieren am 18.2. gegen Springerpresse und Senat, die vom Bankrott Berlins nur durch Drohungen gegen ihre Kritiker ablenken können. Zu stürzen brauchen wir den Senat nicht, dieses Geschäft besorgt er selbst.

Sozialistischer Deutscher Studentenbund 1 Berlin 31 Kurfürstendamm 140

---

## : DEMONSTRATION

Am Sonntag, dem 18. Februar um  
14 Uhr vom Ku-damm nach Dahlem

---

# VIETNAM 9. INFORMATIONEN

Die Bundesrepublik ist beteiligt

Wie wir in den beiden letzten Flugblättern herausgearbeitet haben, ist in der gegenwärtigen Situation eines mit Sicherheit festzustellen: die in Armut gehaltenen Völker haben begriffen, daß sie ihre soziale Lage nur durch Revolutionen verbessern können. Für die kapitalistischen Staaten Europas und ihren gigantischen Sohn und Beherrscher Amerika gibt es deshalb nur eine Möglichkeit, ihre Vorherrschaft aufrechtzuerhalten: die exemplarische Durchführung von Völkermord.

Wer sich am Gewinn dieses Unternehmens beteiligen will, muß sich auch an seinem Risiko beteiligen.

Die Bundesregierung weiß deshalb was sie tut,

- wenn sie den Vietnam-Krieg durch bisher mehr als 400 Millionen DM direkt mitfinanziert;
- wenn sie den - durch die Kriegskosten - angeschlagenen Dollar
  1. durch Waffenkäufe in Höhe von etwa 10 Milliarden DM
  2. durch Ankauf von US Schatzanweisungen (allein 4 Milliarden 1967/68) stützt.

1965 konnte die Bundesregierung stolz erklären, daß sie "hinter den USA die größten finanziellen und wirtschaftlichen Leistungen in Südvietnam" übernommen habe.

Auch die Amerikaner wissen, was sie verlangen können:

Im amerikanischen Kongreß fand 1966 folgender Dialog zwischen Senator Thurmond und Verteidigungsminister McNamara statt:

Thurmond: "Die Deutschen wollen also keine Truppen stellen?"

McNamara: .... (Antwort wurde durch die amerikanische Zensur gestrichen)

Thurmond: "Ich nehme doch an, daß Sie Ihre Bemühungen fortsetzen werden, die Deutschen dazu zu bewegen, sich in genügender Stärke zu beteiligen, und in Vietnam wirklich zu helfen?"

McNamara: "Das wird in der Tat geschehen. Ich denke, daß wir nach einer angemessenen Frist von den westeuropäischen Nationen - und besonders von Deutschland - erwarten können, daß sie eine viel größere Rolle außerhalb der Verteidigung Westeuropas spielen werden, als das heute zutrifft, und ich glaube wir können erwarten, daß Deutschland eine wichtige militärische Rolle bei der Verteidigung der freien Völker übernehmen wird....."

(wie McNamara sich diese "militärische Rolle" genau vorstellt, wurde nicht bekannt. Seine weiteren Ausführungen wurden von der Zensur gestrichen).

Die Bundesregierung lieferte für den Vietnam-Krieg:

- 1964 Flammenwerfer, an denen vietnamesische Soldaten ausgebildet werden,
- 1966 durch die Rheinmetall GmbH automatische Waffen und Munition im Wert von 50 Millionen DM,
- ebenfalls 1966 5570 Bomben durch die Firma Kraus & Steinhausen.

Die Bundesregierung erbaute

- 1966 eine Pilotenschule für 1000 Anwärter in Saigon.

1964 forderten die USA die Entsendung eines deutschen Lazarettschiffes. Die Bundesregierung erklärte sich (in der Öffentlichkeit) mit dieser Forderung nicht einverstanden - seit 1966 gibt es ein deutsches Lazarettschiff in Vietnam.

1966 forderten die USA die militärische Beteiligung der BRD. Die Bundesregierung erklärte sich (in der Öffentlichkeit) mit dieser Forderung nicht einverstanden. Zur selben Zeit wurden in Bundeswehr-Kasernen Aufrufe angebracht, die deutsche Piloten für den Einsatz in Vietnam anwerben sollten.

Wie viele Bundeswehrpiloten fliegen heute in Vietnam Bombeneinsätze?

Wann müssen wir mit der Erfüllung der Forderung des stellvertretenden Oberkommandierenden in Vietnam, General Heintges, rechnen:

"Ich brauche hier drei deutsche Divisionen, zwei Infanterie- und eine Panzergrenadier-Division" ?

Die Bundesregierung versucht mit allen Mitteln zu verhindern, daß die Tatsachen der Öffentlichkeit bekannt werden.

Der Bundestag und der Berliner Senat weigern sich, öffentlich über ihre Stellung zum Völkermord in Vietnam zu diskutieren.

Sie wissen, warum : Welcher Mörder ist freiwillig bereit, seine Karten offen auf den Tisch zu legen?

Verantwortlich: Sozialistischer Deutscher Studentenbund  
Berlin

Donnerstag, 15.2. TU HE 101 20 Uhr

Neue Filme zu Vietnam:

Dans les maquis du sud-vietnam

Malgre l'escalde

Hanoi sous les bombes

Freitag, 16.2. FU Audimax 19 Uhr

Film: Hanoi martes 13. diciembre  
anschließend:

Vorbereitung auf

Kongreß und Demonstration

---

## VIETNAM ★ KONGRESS

Sa/So 17/18. Februar

Audi-Max der TU

mit S. de Beauvoir (frankreich) D. Dillinger (usa) R. Dutschke (sds) C. L. Guggomos (k.f.a.)

Melva Hernandez (zk der kp kuba) E. Mandel (belgien) D. Smith (black power) Peter Weiss

---

## DEMONSTRATION

Am Sonntag, dem 18. Februar

14 Uhr vom Ku-damm zu den

US - Kasernen

---

Foto 2 15.2.68

---

# VIETNAM 8. INFORMATIONEN

---

Amerika produziert seine Niederlage selbst

Den amerikanischen Truppen in Vietnam ist es nahezu unmöglich festzustellen, wer ihr militärischer Gegner ist. Sie haben Mao genau gelesen und wissen, daß der Gegner im Volk schwimmt wie ein Fisch im Wasser. Der militärische Gegner ist damit im Grunde das ganze Volk.

Wollen die Amerikaner dem Fisch das Wasser abgraben, also den Vietcong vom Volk trennen, verdoppeln sie nur ihre Schwierigkeiten. Das Volk kann nur vom Vietcong getrennt werden durch zwangsweise Umsiedlung der Bauern in Flüchtlingslager, durch Vernichtung ihrer Dörfer und Felder. Der Verlust des schützenden Volkes schränkt zwar den Handlungsspielraum der Befreiungsfront vorübergehend ein, aber die riesigen Flüchtlingslager stellen nur neue Zentren des Widerstandes dar.

Als der Krieg vor wenigen Wochen bis in die Städte hineingetragen wurde, blieb den Amerikanern nichts anderes übrig, als diese Lager zu bombardieren. Die Flüchtlinge flohen daraufhin in die sicheren Zonen der Städte und in die amerikanischen Stützpunkte. Jetzt müssen die Amerikaner ihre eigenen Stützpunkte mit Bombenteppichen belegen. Die USA haben ihre eigene Schwäche begriffen - ihre Lösungsversuche vervielfältigen nur ihre Schwierigkeiten.

Aber nicht nur in Vietnam fallen die Amerikaner mit jedem Schritt, den sie unternehmen, zwei Schritte zurück. In den USA selbst haben die Neger begriffen, daß die Parole von ihrer Gleichberechtigung nur leeres Gerede ist; sie wissen, daß die weiße, kapitalistische Gesellschaft unfähig ist, ihre sozialen Probleme zu lösen. Sie begreifen sich als Teil der ausgebeuteten Dritten Welt, nennen sich Afroamerikaner und haben damit begonnen, Amerika in ein zweites Vietnam zu verwandeln. Der Guerillakrieg des vietnamesischen Volkes findet so seine direkte Fortsetzung in Amerika selbst. "Das einzige, wozu der Vietnam-Krieg taugt", sagt der amerikanische Negerführer Carmichael, "ist die Tatsache, daß viele Neger dort eine praktische Ausbildung im Guerillakrieg erhalten."

Den kritischen Menschen in Deutschland ist deutlich geworden, daß jeder Protest gegen den Krieg in Vietnam gleichzeitig ein Protest gegen das politische System der Bundesrepublik und Westberlins ist. Die Gründe dafür wird das nächste Flugblatt beschreiben, in dem wir Auskunft geben über die wirtschaftliche, politische und militärische Beteiligung der Bundesrepublik an diesem Krieg. Die Hysterie, mit der die politische Führung auf diesen Protest reagiert ist zu vergleichen mit der Geschichte vom Dieb der schreit: "Haltet den Dieb!"

Verantwortlich: Jörg Schlotterer

---

Dienstag, 13.2. FU Audimax 20 Uhr

Neue Filme aus Kuba  
Asamblea General (Deklaration von Havanna) 1960  
Meerte al invasor (Die Landung in der Schweinebucht) 1961  
Ano 7 (Das siebte Jahr) 1966  
Thesen und Diskussion: Gäng, Horlemann, Dutschke, Salvatore .

Donnerstag, 15.2. FU Audimax 20 Uhr

Filme über Vietnam  
Dans les maquis du sud vietnam  
Malgre l'escalade  
Hanoi sous les bombes

Freitag, 16.2. FU Audimax

19 Uhr : Hanoi martes 13. diciembre

---

Die am 18.2. stattfindende Demonstration wurde vom Senat verboten.

EOA2

# VIETNAM 7 INFORMATIONEN

So verteidigen die USA unsere Freiheit in Vietnam

In Springer-Zeitungen war bisher nicht zu lesen:

- daß die Amerikaner entgegen dem Genfer Abkommen von 1954 allgemeine freie Wahlen verhinderten, weil schon damals 80% der vietnamesischen Bevölkerung für Ho Chi Minh und damit für ein sozialistisches Vietnam gestimmt hätten. (General Eisenhower in seinen Memoiren)
- daß das ganze Land von den Amerikanern systematisch bombardiert wird: die "Befreiungsaktionen" der USA erbrachten 1 Million Tote und 2 Millionen vertriebener Bauern.
- daß ein Drittel der gesamten Anbaufläche von den Amerikanern mit Chemikalien vergiftet wurde.
- daß die Amerikaner Vietnam in ein Experimentierfeld - zur Erprobung von Unterdrückungsmaßnahmen gegen jedwede soziale Revolution - verwandelt haben.

Die Amerikaner wissen, daß solche Revolutionen überall in den armen Ländern auf der Tagesordnung stehen; der US-Verteidigungsminister McNamara begründete das: "Bei einem Sieg Hanois müssen wir uns darauf gefaßt machen, es mit der gleichen Form der Aggression auch in anderen Teilen der Welt aufzunehmen, und zwar überall dort, wo eine Regierung schwach und das Sozialgefüge nicht gefestigt ist." Auf die Frage, "Es wären also wieviel - 80 oder 90 Länder der Welt?" antwortete sein Komplize Rusk: "Nein, gerade etwas über 40 Länder wären davon betroffen."

Die Menschen in Südvietnam haben begriffen, daß allein eine sozialistisch organisierte Wirtschaft - wie in Nordvietnam - ihre Lebensbedingungen endgültig verbessern kann. Nordvietnam ist es gelungen, eine funktionierende Wirtschaft aufzubauen. Dies konnte nur erreicht werden, weil politische Führung und Menschen miteinander sprechen, sich selbst korrigieren und gegenseitig kritisieren. Die politische und geschichtliche Einsicht blieb nie das Vorrecht weniger; die Bevölkerung ist in der Lage, ihre eigene Geschichte selbst zu machen.

Im Süden dagegen hat sich die wirtschaftliche Situation und die soziale Lage jedes Einzelnen zunehmend verschlechtert.

Darum gewinnt Nordvietnam im Bewußtsein der Menschen Südvietnams den Wert eines Modells: Der Widerspruch zwischen dem, was ist, und dem, was sein könnte, treibt sie zur Revolution.

Darum fordern alle Vietnamesen: Enteignet Springer!

Verantwortlich: Peter Bracht.

Montag 12.2. TU HE 101 20 Uhr  
 Filme über den Krieg in Vietnam  
 Hanoi Martes 13. diciembre (Kuba/Alvarez)  
 Vietnam 30. Januar 1968  
 (Westberlin/Mitscherlich)

Donnerstag, 15.2. FU Audimax 20 Uhr  
 Filme über Vietnam  
 Dans les maquis du sud vietnam  
 Malgre l'escalade  
 Hanoi sous les bombes

Dienstag, 13.2. FU Audimax 20 Uhr  
 Neue Filme aus Kuba  
 Asamblea General (Deklaration von Havanna) 1960  
 Muerte al invasor (Die Landung in der Schweinebucht) 1961  
 Ano 7 (Das siebte Jahr) 1966

Freitag, 16.2. FU Audimax  
 19 Uhr: Hanoi martes 13. diciembre  
 20 Uhr: 2. Vorstellung

Die am 18.2. stattfindende Demonstration wurde vom Senat verboten.

# AUFRUF

Vietnam-Konferenz  
17./18. Februar 1968

**BERLIN**

**an die deutschen Hochschulen zur Teilnahme an der Vietnam-Konferenz am 17./18. Februar 1968**

In Hué kämpfen Soldaten der Nationalen Befreiungsfront und Studenten Seite an Seite gegen die eindringenden Ledernacken und ihre Hilfstruppen. Die FNL hat, unterstützt von der Bevölkerung in Saigon, begonnen, die Staatsmaschinerie der Marionetten zu zerbrechen und revolutionäre Machtorgane zu bilden. Zahlreiche Städte Südvietnams wurden von der Herrschaft der US-Imperialisten befreit.

Amerikanische B-52 bombardieren jetzt neben den nordvietnamesischen Städten und Dörfern, neben den befreiten Gebieten Südvietnams auch die süd-vietnamesischen Städte. Damit zeigt sich, was der Krieg in Vietnam in Wirklichkeit immer war: ein Krieg imperialistischer Armeen gegen das bewaffnete Volk.

Das Volk Vietnams belehrt uns jeden Augenblick, daß der Kampf gegen den scheinbar übermächtigen Imperialismus aufgenommen und erfolgreich zu Ende geführt werden kann.

An den deutschen Hochschulen legen die Studenten den Weg von der moralischen Empörung bis zur Anerkennung dieser Tatsache zurück. Ihr Protest nimmt seinen Ausgang von einer abstrakten Vorstellung der Demokratie, an der die amerikanische Intervention in Vietnam gemessen wird. Die Studenten müssen erfahren, daß ihr Bedürfnis nach politischer Reformation und Diskussion in dem Augenblick bei der akademischen Administration auf Ablehnung stößt, wo er mit dem politischen Habitus der etablierten Parteien nicht mehr übereinstimmt.

Die Vietnam-Veranstaltungen rufen das Hausrecht der Rektoren und der Polizei auf den Plan. Sie entlarven das Geschwätz von der Autonomie der Hochschulen und führen uns vor Augen, in welche Richtung sich die Machtverhältnisse bei der staatlich verordneten „Hochschulreform“ entwickeln werden.

Verloren geht auch die Vorstellung von der Objektivität der akademischen Wissenschaft. Zu ihrer Unwilligkeit und Unfähigkeit, die politischen und sozialen Grundlagen des Krieges zu analysieren, erweist sie ihren apologetischen Grundzug, wenn sie nicht gar zum direkten Lieferanten der Imperialisten herabsinkt. Studenten haben bislang die grundlegenden Arbeiten über den Vietnam-Krieg verfaßt und die Organisationen der Lehrveranstaltungen zu diesem Thema in ihre eigenen Hände genommen. Die Solidarität der Studenten mit dem Volk Vietnams zeigt sich bislang in konkreter Hilfe für die Befreiungsfront in Demonstrationen und Aktionen. So wichtig diese Hilfe ist, so rasch sie vom Kauf von Medikamenten zum Kauf von Waffen fortschreitet, sie kann nichts Entscheidendes zum Sieg der Befreiungsfront beitragen. Entscheidend ist vielmehr, ob wir den Kampf gegen die Unterdrücker in unserem eigenen Lande aufnehmen werden. Wenn wir unsere soziale Basis, die Hochschulen, verlassen, um für den Sieg des vietnamesischen Volkes zu demonstrieren, erfahren wir unsere Isolation, die in der Klassengesellschaft

begründet ist und durch massive Manipulation aufrechterhalten und verschärft wird.

So laufen wir Gefahr, uns als verlängerten Arm der Befreiungsfront zu fühlen und unsere Aktionen als symbolische Angriffe gegen den Imperialismus zu verstehen statt den Imperialismus wirklich zu bekämpfen.

Dieser Kampf wird, wie uns Che Guevara auf Lenin fußend gezeigt hat, in den einzelnen Regionen der Erde mit dem Gewehr und mit Massenaktionen der ausgebeuteten Klassen geführt werden, je nach dem Stand des Bewußtseins, das verändert in die objektiven Bedingungen eingeht. Zu diesen Bedingungen gehört in Westdeutschland die Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte im Rahmen eines aggressiven Bündnissystems, die Anwesenheit Vernichtungswaffen erzeugender Konzerne, der Umschlag von Kriegsmaterial und lebenswichtigen Gütern nach Vietnam, eine Regierung, die den US-Imperialismus massiv unterstützt. Zu diesen Bedingungen gehört aber auch eine Arbeiterklasse, die in einzelnen Schichten von Strukturkrisen betroffen ist, eine Armee von unterdrückten Schülern, Lehrlingen und Studenten, eine kritische Intelligenz, die nicht mehr bereit ist, sich möglichst teuer zu verkaufen. Hieraus resultiert das Problem, wie der antikapitalistische mit dem antiimperialistischen Kampf zu verbinden ist.

Diese Verbindung muß notwendig fragmentarisch bleiben, so lange der Befreiungskampf nicht universal wird, bzw. in den abhängigen Massen entsteht. Umso wichtiger ist es, daß die europäische Jugend Aktionen plant, die durch die Gleichzeitigkeit ihres Ablaufs internationale Solidarität sinnlich erfahrbar macht. Diese Aktionen müßten folgende Ziele haben:

1. Demonstrationen und Blockaden vor den Produktionsstätten amerikanischer Konzerne, die Vernichtungswaffen herstellen, wie z. B. Dow-Chemical.
  2. Organisation von Streiks in Häfen, die Kriegsmaterial oder kriegswichtige Güter umschlagen.
  3. Organisation einer westeuropäischen Kampagne, die zur Desertation der amerikanischen Armee aufruft.
  4. Aktionen und Demonstrationen gegen ausgesuchte Nato-Basen im westeuropäischen Bereich, um gegen die Verlängerung des Nato-Vertrages zu protestieren.
  5. Gemeinsame Ausrüstung eines Schiffes, das Medikamente und Waffen nach Vietnam befördert.
- Voraussetzung für diese Aktionen ist die Einsetzung eines koordinierten Büros und einer Dokumentationszentrale, die die notwendigen Informationen sammelt.

Kommilitonen, Ihr seid aufgefordert, am 17. und 18. Februar nach Berlin zu kommen, Euch mit uns zu vereinigen und den koordinierten Kampf gegen den Imperialismus auf europäischer Ebene aufzunehmen.